

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 13 (1972)  
**Heft:** 21

**Artikel:** Lateinamerikanische Uebersicht. Bougeoise Legalität : erst genutzt, dann abgeschafft  
**Autor:** Max, Alphonse  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095347>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Lateinamerikanische Uebersicht

## Bourgeoise Legalität: erst genutzt, dann abgeschafft

Von Alphonse Max

Entgegen allen Hoffnungen bilden in Lateinamerika die liberalen Demokratien den fruchtbarsten Boden für jene Kräfte, welche die freiheitlichen Strukturen zu ihrer Zerstörung ausnützen. Jenen Demokratien ist der fehlende Selbstbehauptungswille und das Gewährlassen ihrer erklärten Feinde zum Verhängnis geworden. Uruguay und Kolumbien sind Beispiele für diese Regel, die eine grosse Enttäuschung in der Entwicklung des Halbkontinents darstellt.

Bis vor kurzem verfügte der internationale Kommunismus in Uruguay, dem seinerzeit demokratischsten, freiheitlichsten und ruhigsten Land Südamerikas, über ein ideales Propagandazentrum für sämtliche spanisch sprechenden Länder der Hemisphäre. Die ungeschränkte Freiheitsliebe mit einer fast selbstmörderischen Ueberbetonung der Grundrechte des Gegners, dessen Absichten und Handlungsweise die Zerstörung des Staates ist, haben innerhalb weniger Jahre das Anschwellen der Tupamaro-Terroristen von ein paar Dutzend Desperados auf mehrere Hundert Aktivisten bewirkt. Und die Zahl ihrer Anhänger und verbaler Verteidiger

nahm allein zwischen 1970 und 1971 von wenigen Tausend auf einige Zehntausend zu. Die faktisch straflose «Hinrichtung» missliebiger Bürger durch die Tupamaro-Kommandos fand eine faszinierte Jüngerschaft, die dafür höchst allergisch auf jede versuchte Polizeimassnahme gegen die selbsternannten Henker reagierte.

### Verlagerungen internationaler «Hilfszentralen»

Als sich die neue Regierung Bordaberry, die am 1. März dieses Jahres an die Macht kam, zu energischerem Vorgehen entschloss, sahen sich auch die orthodoxen Kommunisten, welche die Tupamaros als Konkurrenten angesehen hatten, in ihrer Untergrundarbeit teilweise bedroht. Allerdings war mit Moskauer Hilfe schon vor einigen Jahren ein Teil der internationalen Propagandaverteilung und anderer Aktivitäten sowohl nach Santiago als auch nach Bogota verlegt worden, wobei die chilenische Zentrale paradoxerweise nach der Wahl Allendes im November 1970 ausfiel. Eine kommunistisch-sozialistische Regierungallianz wollte man anscheinend nicht so belasten.

So blieb die kolumbianische Alternative, die man ausbaute. In Bogota widmen sich sowohl die Botschaften oder Handelsvertretungen des Sowjetlagers als auch diverse «Freundschaftsinstitute» kommunistischer Länder nebenbei der Aufgabe, Agenten oder auch bloss «nützliche Idioten» zu rekrutieren. Mehrmals wurden sowjetische Diplomaten ausgewiesen, nachdem es sich herausgestellt hatte, dass sie eben die Liberalität Kolumbiens missbraucht hatten. Das betraf nicht nur die sowjetübliche Einmischung in die internen Angelegenheiten eines Landes, sondern auch aktive Zusammenarbeit mit Guerillas und Teilnahme an Bemühungen zum Sturz der Regierung.

### Misshandlung politischer Häftlinge – wer ist Ankläger?

Jetzt sind Anklagen wegen angeblicher Torturen der «politischen Häftlinge» (eine automatisch angewandte Taktik der Kommunisten, sobald Terroristen festgenommen werden) ausgerechnet aus Prag zu vernehmen. Die tschechoslowakische Anfrage löste eine Debatte im kolumbianischen Parlament aus, bei welcher der Verteidigungsminister Hernando Currea Cubides (ähnlich wie vor kurzem sein Kollege in Uruguay) einige Fälle von Misshandlungen zugeben musste und die unnachsichtige Bestrafung der Schul-

digen in Aussicht stellte. Selbstverständlich kann eine derartige öffentliche Erklärung nur in einem demokratischen Land erfolgen, aber sie trägt zur Glaubwürdigkeit der kommunistischen Behauptungen (Folterungen als Kennzeichen des Systems) bei, selbst wenn diese gesamthaft unwahr sind.

Freilich ist Kolumbien nicht nur wegen der Nutzungsmöglichkeiten seiner Liberalität interessant. Es grenzt sowohl am Atlantik wie am Pazifik und verfügt dazu noch über einen grossen Binnenhafen am Amazonas, hat also bevorzugte interkontinentale und interamerikanische Wasserverbindungen.

### Chile: Von «Sozialismus und Demokratie» zu «Sozialismus oder Demokratie»

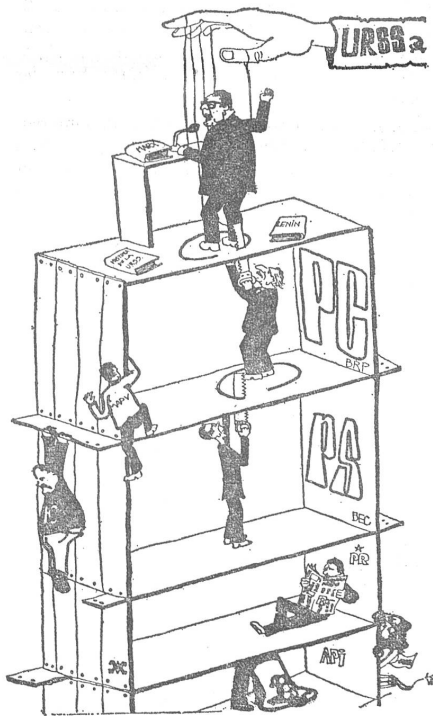
Die demokratische Legalität ist vorderhand wenigstens immer noch ein brisantes Traktandum in Chile.

Zwar hat die Regierung unter Allende schon in einigen Fällen gegen Gesetze verstossen (Missachtung von Parlamentsbeschlüssen), doch ist die übernommene demokratische Ordnung noch nicht abgeschafft, was sich aus den bestehenden öffentlichen Aeusserungsmöglichkeiten der Opposition ersehen lässt. Wieweit die Regierung langfristig auf demokratische Institutionen Wert legt, ist eine andere Frage, aber zum mindesten ist ihr an einem guten Image in dieser Richtung gelegen. Daher hat sie nicht nur bei ihren Versuchen zur Bändigung der Opposition ihre Schwierigkeiten, sondern auch in ihrem immer offener werdenden Kampf gegen die Subversion von «ultralinks».

Immer unverhüllt werden die Stimmen, welche angesichts dieser Sachlage die ungehemmte Ergreifung der Diktatur als Remedur empfehlen, und es wird sich weisen, ob die Unidad Popular dieser Verlockung tatsächlich widerstehen will. Als Alibi bietet sich die nationale Notstandsfrage an, just die Begründung, welche von der internationalen öffentlichen Meinung so schön einhellig demaskiert wird, wenn es um repressive Massnahmen eines «rechtsstehenden» Regimes geht.

Fidel Castro hat aus seiner Sicht nicht ohne Logik erklärt, dass die chilenische Revolution den Rahmen der Legalität verlassen müsse, um an der Macht zu bleiben. Er weiss aus eigener Erfahrung, dass es sich ohne Demokratie leichter regieren lässt. Alain Peyrefitte, der Generalsekretär der französischen Republikanisch-Demokratischen Union hat nach einem viertägigen Chile-Aufenthalt an der Spitze einer Parlamentarierdelegation gesagt, er neige dazu, sich der Meinung Castros anzuschliessen. Ohne sich aufgrund eines kurzen Besuches ein endgültiges Urteil bilden zu können, glaubte er immerhin, dass es der Unidad Popular sehr schwerfallen würde, eine sozialistische Revolution im Rahmen der bürgerlichen Legalität durchzuführen. Als Gründe für seine Behauptung nannte er die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die galoppierende Inflation, die Schlangen vor den Geschäften, das Fehlen fast aller lebenswichtigen Nahrungsmittel, die Verschärfung der politischen Lage und die Mattsetzung der regierenden Unidad Popular durch die «extreme Linke».

Allerdings ist Kuba hierzu auch nicht in allen Belangen ein Gegenbeispiel. Zwar herrscht dort eine erzwungene politische Ruhe, wie es denn



So stellt die oppositionelle chilenische Zeitung «Patria y Libertad» (Santiago) das Gebäude der Regierungskoalition dar. Allende ist eine Marionette in den Händen der Sowjets. Seine Position wird von den Kommunisten angesagt, denen ihrerseits die Sozialisten zu Leibe rücken. Mit westeuropäischen Augen gesehen dürfte namentlich die Darstellung des Präsidenten als «billiger Russenscheck» angesehen werden. Immerhin ist Kuba seit 1968 zum bedingungslosen sowjetischen Satelliten geworden, und es galt zuvor auch als «billig», Castros Position in diese Richtung zu projizieren...

auch keine Ultralinke gibt, die Castro das Leben schwer machen könnte, aber wirtschaftlich hat die kubanische Regierung nur überlebt, weil die Sowjetunion täglich mit fast 1,5 Millionen Dollar am karibischen Defizitunternehmen beteiligt ist. Und das Lebensniveau der kubanischen Werktätigen ist in den 14 Jahren seit dem Sturz Batistas noch gesunken, obwohl sich Castro ganz gewiss nie durch bourgeoise Legalität stören liess.

Inzwischen haben die chilenischen Streitkräfte wiederholt erklärt, dass sie unpolitisch sind und bleiben und keinesfalls am politischen Kampf teilhaben werden. Dagegen haben sich die fünf Oppositionsparteien, die in der Vergangenheit wegen ständiger Uneinigigkeiten kaum aktionsfähig waren, nun zur Verteidigung der demokratischen Rechte zusammengeschlossen, die laut Renan Fuentealba, Chef der Christlich-Demokratischen Partei, «durch eine krumme Handhabung von Verfassung und Justiz sowie von der Willkür der regierenden Gruppen ernstlich bedroht werden». Man muss sich fragen, ob es nicht schon zu spät ist und ob Allende nicht dabei ist, Fidel Castros Ratschlag zu befolgen. Als Indiz hierfür könnte unter anderem auch die Tatsache gedeutet werden, dass ein Brigadegeneral zwangspensioniert wurde, «weil er das Vertrauen seiner Vorgesetzten verloren hatte» (Er soll in einem Privatgespräch erklärt haben, dass die Lage des Landes so schlecht sei wie noch nie); ein anderer General reichte plötzlich freiwillig sein Pensionierungsgesuch ein, und man fragt sich in Chile, ob dieser Offizier, Kommandant der Militärzone von Valdivia, nicht ein Gesuch einreichte, um einer Zwangspensionierung vorzubeugen.

#### Die schöne Disziplin an der Universität Montevideo

In ganz Lateinamerika verschärfen sich die Unruhen an den Universitäten, wobei auch Chile nicht ausgeschlossen ist.



Massendemonstration gegen die Politik Allendes in den Strassen von Santiago. Die Regierung pflegte solche Manifestationen als Märsche der Bourgeoisie abzutun, die nicht im geringsten eine Notlage der einfachen Bevölkerung sichtbar machten. Auf diese Argumentation ging die oppositionelle Zeitung «Qué pasa» mit der folgenden Legende zu diesem Bild ein: «Sind das die wohlbeleibten Herren, die wohlgepflegten, wohlgekleideten und eiteln Damen, von denen uns (die regierungsfreundliche Zeitung) 'El Siglo' erzählt hat?» Mittlerweile sind freilich streikende Zementarbeiter, Kumpel und Lastwagenchauffeure wohl schwerlich als typische Vertreter der Bourgeoisie zu charakterisieren.

Eine bezeichnende Ausnahme bildet die staatliche Universität Montevideo, die einzige Uruguays, die so fest in den Händen der Kommunisten ist, dass Uneinigigkeiten zwischen den verschiedenen Tendenzen nur sehr selten an die Öffentlichkeit gelangen. Vor wenigen Tagen traute sich eine Gruppe junger Leute, gegen die strenge Diktatur zu verstossen, mit der die Kommunisten und ihre Mitläufer die Hochschule regieren. Sie drangen in das Hauptgebäude der Universität ein und liessen sofort die Justiz, den Marionetten-Rektor, den Innen- und den Verteidigungsminister rufen. Als diese ankamen, hatten die Besetzer der Hochschule schon riesi-

ge Mengen von kommunistischem Druckmaterial jeder Art sowie subversive Propaganda und Sprengstoff in grosse Kisten gepackt. Die Wände der Lehrstätte waren voll von kommunistischen Slogans, Angriffe gegen Regierung, Streitkräfte und demokratische Organisationen, Apologien des Territoriums und Kennzeichen der Tupamaros. Der Rektor beschränkte sich darauf, gegen die Besetzer — die alle in Untersuchungshaft genommen wurden — zu wettern und sie zu bezichtigen, die Autonomie der Universität verletzt und deren Eigentum zerstört (eine Glasscheibe der Hintertür, durch die die



Und dies eine Zeichnung der regierungsfreundlichen Zeitung «Posición». Die «Unidad Popular» geht vorwärts: «Schlimm daran ist nur, dass das ganze Volk da mitmacht, so dass wir keine Zuschauer haben.» Also: Das Häuflein unzufriedener bourgeoiser Manifestanten macht viel Aufhebens, aber das gemeint in die schöne Zukunft marschierende Volk sieht man nicht. Nur: Allende liess jetzt über etliche Regionen den Notstand verhängen, weil die werktätigen Massen gegen ihn die Arbeit niederlegten.



Allende musste unter dem Druck des Parlaments mehrmals Wechsel im Innenministerium vornehmen, das sich unter anderem durch handfestes Vorgehen gegen Manifestanten hervorgetan hatte, die zu Dutzenden ins Spital eingeliefert werden mussten. Zu diesen Wechseln äussert sich diese Karikatur, die in der humoristischen Beilage «Cambalache» der oppositionellen Zeitung «Sepa» (Santiago) erschien. Allende erscheint hier als Bestätigungsunternehmer: «Särge und Grabstätten nach Mass. Sonderanfertigungen für Innenminister.»

► jungen Leute sich Eintritt verschafften, war zerbrochen) und gestohlen (hierfür konnte keinerlei Beweis geliefert werden) zu haben.

Andererseits verlagern sich die Unruhen nicht nur in Uruguay, sondern auch in fast allen anderen lateinamerikanischen Ländern, in die Mittelschulen, deren Zöglinge fast ausschliesslich minderjährig sind und von den verschiedenen Terrororganisationen schamlos als Kanonenfutter benutzt werden. Die Unruhen, die man in der ausländischen Presse als Zusammenstösse zwischen oppositionellen Gruppen hinstellt, werden fast ausschliesslich von den Leitern der Kommunistischen Parteien und deren Jugendorganisationen sowie von den Führern anderer ultralinken Organisationen entfacht, unter denen sich in zunehmendem Masse auch Lehrer befinden.

**Argentinien-Chile: «Permanente Interessen stehen höher als vorübergehende Zwischenfälle»**

Was Argentinien betrifft, so hat sich dieses Land, das sich einst als fest gegenüber den Erpressungsversuchen der Terroristen zeigte, in ein Paradies für geldhungrige Extremisten verwandelt. Eine halbe Million Dollar wurde für die Freilassung des entführten Direktors der Philips und etwas geringere aber doch beachtliche Summen an die Entführer anderer Industrieller bezahlt.

Ein Zwischenfall mit nach Chile geflohenen Terroristen, denen die Allende-Regierung erlaubte, nach Kuba weiterzureisen, hatte anfangs gedroht, schlechte Stimmung zwischen Chile und Argentinien zu verursachen. Aber er ist bereits vergessen. Die rasche Ueberwindung dieser heiklen Affäre beruht zweifelsohne auf der zunehmenden Annäherung Argentinien an die Länder des Andenpaktes. Es dürfte sich hierbei wohl um eine langfristige Politik handeln, die gemeinsam von der Exekutive und den Generalstäben der Streitkräfte ausgearbeitet wurde.

Argentinien «Wendung zum Pazifik» wurde von einer gesamten aussenpolitischen Tendenz begleitet, die unter anderem die Ueberwindung

der «ideologischen Grenzen» und die Achtung des «politischen Pluralismus» in den zwischenstaatlichen Beziehungen umfasst. In gut unterrichteten Kreisen heisst es, dass diese Politik vom Generalstab des Heeres schon beschlossen wurde, bevor die Streitkräfte im März 1971 Lanusse zum Präsidenten bestimmten.

Besonders eng sind die Beziehungen zu Chile, mit dem Argentinien eine fast 4000 Kilometer lange Grenze teilt. Weniger als ein Monat nach der aufsehenerregenden Flucht erscheinen beide Länder durch ein Gewirr von Verträgen, Handelsbeziehungen, neuer und noch zu bauender Strassen, elektrischen Verbundsystemen, Abkommen über Erhaltung der Fauna und Flora, sanitären Inspektionen, gemeinsamen Warenlagern usw. weiterhin untrennbar verbunden. Gerade in diesen Tagen sind die beiden Regierungen mit den Vorbereitungen zur Ratifizierung eines neuen Vertrages über die Beilegung sämtlicher Streitfragen auf dem juristischen Wege beschäftigt. Der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern nimmt ständig zu und war 1971 mit 282 Millionen Dollar doppelt so hoch als vor vier Jahren. Wie in einer argentinischen Morgenzeitung konziliant zu lesen war, «stehen permanente Interessen höher als vorübergehende Zwischenfälle».

**Panamakanal: Handänderung steht bevor**

In Panama hat die neue «Volksversammlung» den bisherigen Präsidenten und starken Mann, General Omar Torrijos, zum «dirigente maximo» (höchster Führer) proklamiert. Das bedeutet, dass er weiterhin die Macht mit diktatorischen Attributen innehaben wird. Die «Volksversammlung» legalisierte auch ihr eigenes Bestreben, indem sie eine Verfassung annahm, die das bisher gültige System von Parlament und direkter Präsidentenwahl abschafft und statt dessen eine aus 505 Vertretern der Corregimientos (Stadtverwaltungen oder Gemeinden) zusammengesetzte Versammlung vorsieht, der es obliegt, den Präsidenten der Republik, eben den «dirigente maximo», zu wählen. Diese Versammlung wird von einem anderen neu geschaffenen Organismus innerhalb der legislativen Gewalt kontrolliert: einem sogenannten «Natio-

nenal Gesetzgebenden Rat», dessen Mitglieder praktischerweise vom Präsidenten ernannt werden.

An der Einweihungssitzung der Volksversammlung nahm zum ersten Mal eine Vertreterin der Kanalzone teil, die unter Zwischenrufen von «Yankee animal, sal del Canal» (Yankee Bestie, raus aus dem Kanal) aus der Gallerie des Turnvereins, wo die Sitzung abgehalten wurde, erklärte, dass Panama von nun ab die jährliche Summe, die ihm die USA als Entschädigung für die Kanalzone bezahlen, nicht mehr annehmen wird. In der neuen Verfassung soll die Souveränität Panamas — das seine Existenz überhaupt nur den Vereinigten Staaten verdankt (siehe ZeitBild vom 17. November 1971, S. 5) — über den Kanal und die Kanalzone als Norm verankert sein. Jeder Vertrag bezüglich dieses oder etwaiger noch zu bauender Kanäle auf dem Territorium Panamas soll einem Volksplebiszit unterliegen. Es ergibt sich also, dass die Panamaer ihren Präsidenten nicht selbst wählen dürfen, sich jedoch bezüglich internationaler Verträge aussprechen müssen.

Wohin das Militärregime aussenpolitisch tendiert, wird immer deutlicher. Im August dieses Jahres weilte eine Delegation aus Panama in Kuba, und es ist vor auszusehen, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, die gemäss dem Beschluss der Organisation Amerikanischer Staaten (bei der Panama Mitglied ist) vor zehn Jahren abgebrochen wurden, wieder aufgenommen werden.

Die ungeheure Gefahr, die sich aus dieser Situation ergibt, ist im Westen noch nicht erkannt worden. Man sagt, dass auch der Suezkanal als unerlässlich galt, und dennoch sei man dann ganz gut ohne ihn ausgekommen. Wenn jedoch Torrijos den Kubanern — und mit ihnen unzweifelhaft den Sowjets — die Tür öffnet, würde sich sehr bald die gesamte Zone des Karibischen Meers, die mittelamerikanischen Staaten und die Antillen dem totalen sowjetischen Einfluss ausgesetzt sehen, und die Unabhängigkeit dieser kleinen Staaten wäre ernstlich bedroht, abgesehen von dem Risikofaktor, dass ein weiterer Teil der westlichen Welt unter Moskauer Hegemonie gerät.

*Unsere Meinung*

Ist der Kommunismus eine Religion oder eine Antireligion? Die Frage bleibt ebenso offen wie die Frage der Definition von Kommunismus oder Religion.

Kommunismus wie herkömmliche Religionen haben eine Heilsvorstellung, ein Endziel vom ewigen Glück der Menschen. Diesen Endzustand sieht der Kommunismus allerdings im Diesseits, was ihn grundsätzlich zum Beispiel von der christlichen Religion unterscheidet, obwohl auch diese zu verschiedenen Zeiten mehr oder weniger ausgeprägte Vorstellungen von diesseitigen Verwirklichungen hatte (und wieder hat).

Aber wie diesseitig ist denn eigentlich der Kommunismus? Seine Ideologen gebrauchen den Begriff des Kommunismus selber bezeichnenderweise dazu, um den erstrebten Endzustand darzustellen. Kommunismus in diesem Sinne, den man der Eindeutigkeit zuliebe auch «Vollkommunismus» nennt, ist sozusagen der Erfüllungszustand des Menschen: «Jedem nach seinem Be-